

Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 270 März 2005

Freiheit und Demokratie unter Belagerung in Washington DC

Während Präsident Bush seinen "Auftrag" verkündete, Freiheit und Demokratie auf der ganzen Welt zu verbreiten, verscheuchte die Polizei auf dem Gelände des Capitols einen Demonstranten, der gewagt hatte, ein Protest-Transparent zu entrollen. Bei der Amtseinführungszereemonie auf dem Capitolgelände waren Transparente und Schilder verboten. Diese Szene auf den Kameras der CNN festgehalten, machte die Ironie dieses Augenblicks vollkommen. Es wirft ein Licht darauf, wie viel sich seit Präsident Bushs erster Amtseinführung 2001 im Hinblick auf die hochgeschätzten politischen Freiheiten in den USA geändert hat.

Abweichler hütet euch. Als Folge der Angriffe des Jahres 2001 wurde von der Bush-Administration und den Kongressführern die neue Denkweise eingeführt: "Entweder ihr seid für uns, oder ihr seid gegen uns", sagten sie, als sie die Nation für einen endlosen globalen Krieg mobilisierten, - gegen unbekannte Feinde an unbekannten Orten.

Wer würde wagen, den "Krieg gegen Terror" als Rache für die Angriffe auf die Vereinigten Staaten zu sein zu missbilligen? Wer würde wagen, die erweiterten, sich einmischenden nationalen Polizeikräfte, die private Bürger ausschnüffeln und verdächtige Sympathisanten zusammentreiben, in Frage zu stellen? Wer würde wagen, den Krieg gegen den Irak abzulehnen, dessen angebliche Massenvernichtungswaffen eine unmittelbare Bedrohung von Frieden und Sicherheit darstellten? Wer würde zu protestieren wagen gegen die Ausgabe von Hunderten von Milliarden zur Führung dieser Kriege und zur "Unterstützung unserer Truppen", die bei der Verteidigung der Freiheit in Gefahr sind?

Der Patriotismus der wenigen Mitglieder des Kongresses, die tatsächlich in den ersten Monaten des "Krieges gegen den Terror" dagegen waren, wurde angezweifelt; ebenso erging es denen, die den Irakkrieg des Präsidenten in Frage stellten. In den Wahlkämpfen 2002 und 2004 strafte ihre Gegner sie mit politischen Angriffen, indem sie Zweifel an ihrer Loyalität und ihrem Patriotismus äußerten. Das wurde auch im Wettstreit um das Präsidentenamt zu einem zentralen Thema.

Aber die Ablehnung des öffentlichen Widerspruchs ging noch wesentlich weiter. Gegen Friedens- und Gerechtigkeitsgruppen wie das amerikanische Friends Service Committee wurde vom FBI ermittelt. Quer durch das Land wandten Stadtpolizeiabteilungen (City police departments) aggressive neue Taktiken an, um friedliche öffentliche Demonstrationen aufzulösen und zu verhindern, indem sie Hunderte von Demonstranten und Zuschauern wahllos verhafteten. Amerikanische Muslime haben Angst, ihren karitativen Organisationen Beiträge zu zahlen oder frei ihre Besorgnis zu äußern über das, was ihre Regierung in ihrem Namen tut. Moscheen wurden aufgefordert, ihre Mitgliederlisten dem FBI zur Verfügung zu stellen. Sogar Kongressmitglieder wurden auf Flughäfen verhaftet, wenn sie durch die "Terroristen-Beobachtungslisten" irrtümlich als verdächtige Personen identifiziert wurden.

Bei ihrer Rückkehr nach Washington DC werden religiösen Führern, die einst sowohl von republikanischen wie demokratischen Administrationen begrüßt wurden, im

Weißes Haus Audienzen mit den dortigen Offiziellen verweigert. Die Botschaft ist: "Wenn ihr nicht hier seid, um uns zu unterstützen, sind wir nicht interessiert, mit euch zu sprechen." Vernünftige und moralische Überzeugungen gelten hier nicht, wenn sie nicht die vorherrschende Meinung unterstützen.

Der Capitolhügel ist ein bewaffnetes Lager geworden. Maschinengewehr tragende Wachen patrouillieren jetzt auf den Stufen zum Capitol, wo einst Touristen frei umher wanderten. Straßen werden während erhöhter Sicherheitsstufen routinemäßig für den Verkehr gesperrt. Dutzende unbefristeter neuer Polizeistationen wurden geschaffen. Um die Regierungsgebäude und Denkmäler wurden Betonsperren gebaut. Alle Besucher werden vor dem Betreten des Kongressgebäudes gründlich durchsucht, und der Zutritt zum Capitolgebäude wird streng kontrolliert.

Seit der Anthraxangriffe verspätet sich die Post der Kongressmitglieder aus ihren Wahlkreisen um mehrere Wochen, da sie durchleuchtet, geöffnet und einzeln abseits geprüft wird, ehe man sie zustellt. Wachen hindern Unterstützergruppen wie FCNL (Friends Committee on National Legislation = Quäkerkomitee zur nationalen Gesetzgebung) daran, schriftliches Material zur Verteilung an die Kongressmitglieder und ihre Angestellten hinein zu bringen. Viele Büros von Kongressmitgliedern weigern sich, per Hand verteilte Broschüren und Erklärungen anzunehmen aus Angst, sie könnten mit einem tödlichen Gift verseucht sein.

Die letzte Amtseinführung machte die Extreme deutlich, bis zu welchen der neue Sicherheitsstatus im Namen von Schutz für "Freiheit und Demokratie" gehen wird. Einhundert Häuserblocks wurden an diesem Tag vom Straßenverkehr abgeschnitten. Über 6000 Polizeikräfte und 7000 Soldaten wurden für die Sicherheit eingesetzt, (etwa 13 bewaffnete Wachposten pro 100 Zuschauer). Jeglicher Zugang zu dem Ort der Ansprache und zu dem Weg der Parade erfolgte durch ein Dutzend Kontrollpunkte, an denen jeder durchsucht wurde. Alle Schilder und Plakate waren auf dem Capitolgelände verboten. Scharfschützen standen auf den Dächern. War das Bagdad oder Washington DC?

Die hier beschriebenen Änderungen mögen für viele Menschen in Ländern mit einer längeren Erfahrung von extremistischer Gewalt und erhöhten Sicherheitsmaßnahmen nicht außergewöhnlich erscheinen. Und jeder, der versucht hat, an der schwer bewaffneten und befestigten amerikanischen Botschaft in Brüssel vorüber zu gehen, wäre nicht überrascht. (Sie ist die einzige mit einem gepanzerten Fahrzeug davor, wo die Fußgänger ihre Ausweise zeigen müssen, ehe sie einen öffentlichen Bürgersteig benutzen dürfen). Aber in den USA ist dieser Trend trotzdem alarmierend.

Was bedeutet dieser Trend - für die politische und religiöse Freiheit - für einen vernünftigen, staatsbürgerlichen, politischen Diskurs - für Bürger und Gruppierungen, die ihren Abgeordneten ihre Probleme übermitteln wollen - für den amerikanischen Kongress als eine beratende Körperschaft und als Kontrolle über die Macht des Präsidenten?

Das Licht unseres Landes als Leuchtfener der Freiheit (freedom and liberty) scheint schwächer zu werden.

Ned Stowe, Senior Legislative Secretary, Friends Committee on National Legislation
(leitender Sekretär des Quäkerkomitees für nationale Gesetzgebung)

Übersetzung: Christel Wieding

Erinnerungen an Rudi Schwarz

Rudi Schwarz war einer jener Freunde, die 1974 an der Wuppertaler Konsultation teilnahmen und bedeutende Beiträge zu dieser lieferte. Die Wuppertaler Konsultation wurde einberufen, um darüber zu beraten, einen Repräsentanten der Quäker in Brüssel zu schaffen. In dem Bericht zu der Konsultation heißt es: "... wir waren besonders erfreut, Rudi Schwarz aus Bonn bei uns zu haben, dessen Beruf unter anderem darin besteht, deutsche Diplomaten, die nach Brüssel gehen sollen, einzuweisen...".

Einige Freunde hoben hervor, dass die Bezeichnung "Europäische Gemeinschaft" logischerweise alle Europäer mit einschließen müsse, während andere meinten, es sei besser, sich während der Diskussionen auf West-Europa zu konzentrieren, und speziell auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Rudi Schwarz sagte, es sei zwar in Prinzip wünschenswert, alle europäischen Länder in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft versammelt zu sehen, aber dass es noch eine Generation dauern würde, bevor Ost-Europa eingebunden werden könne. Heute, 31 Jahre später, kann man feststellen, dass seine Vorhersage nicht allzu falsch gewesen ist.

Sehr kenntnisreich und still saß er gewöhnlich da und hörte zu, bedachte, was gesagt wurde, betrachtete es kritisch. Ich erinnere mich an einen Freund, der ihn wegen diplomatischer Lobby-Arbeit befragte - würden die Briefe und Stellungnahmen von QCEA die richtige Person auf der richtigen Ebene erreichen, oder würden sie in bürokratischen Schubladen verschwinden? Rudi erklärte uns behutsam, wie es im Inneren der diplomatischen Vertretungen in Brüssel zugeht, und indem er dies tat, leistete keinen kleinen Beitrag dazu, dass eine Zuversicht darin entstand, dass Freunde dazu in der Lage sein könnten, einen wirklichen Beitrag zu Frieden und Gerechtigkeit zu leisten.

Es muß für Rudi sehr befriedigend gewesen sein, zu sehen, wie der Kalte Krieg zu einem Ende kommt und die Europäische Union die neuen Mitgliedsstaaten willkommen heißt. Er verstarb Anfang des Jahres 2005.

Anita Wuyts

Übersetzung: Helge Moog

Auf einer persönlichen Basis zusammenkommen

Es wird viel gesagt und geschrieben über die Globalisierung. Und eher mehr als weniger hat dieses einen negativen Beigeschmack. Aber es gibt auch gute Seiten an einer Welt, die durch Möglichkeiten der Kommunikation und durch das persönliche Kennenlernen eines größeren Kreises von Menschen kleiner geworden ist.

In Europa wurde kurz nach dem zweiten Weltkrieg das Konzept der Städtepartnerschaften eingeführt. Die Idee war, Menschen aus verschiedenen Teilen Europas auf einer persönlichen Ebene zusammenzubringen, damit diese sich besser kennenlernen und verstehen können. Heute gibt es in ganz Europa viele Städte, groß und klein, welche regelmäßigen und wirkungsvollen Kontakt mit ihren Partnerstädten pflegen, nicht nur zu solchen in Europa, sondern in der ganzen Welt.

Es geht hier nicht darum, Menschen oder Gemeinschaften in ärmeren Ländern finanziell zu unterstützen. Es geht um kulturellen Austausch, Besuche, Schüleraustausch, Brieffreundschaften und Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene.

In einer Zeit, in der die Welt kleiner wird, und in der sich Gräben zwischen Menschen, Religionen, ethnischen Gruppen und Kulturen durch die Medien und durch die Antworten von Regierungen auf die sog. Bedrohung durch den Terrorismus verbreitert, ist es wichtiger als je zuvor, sicherzustellen, dass sich Menschen auf einer persönlichen Ebene kennenlernen können. Dies ist eine Art des Verstehens, die Brücken baut, sowie Herz und Verstand verändert.

Es gibt auch eine wachsende Spannung zwischen europäischen Bürgern und den "USA". Insoweit dies eine Reaktion auf den außenpolitischen Ansatz der US-Administration im Allgemeinen ist, ist dies verständlich. Insoweit sie die Verständigung, das gegenseitige Verständnis und das Anerkennen von Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen US-amerikanischen und europäischen Bürgern erschwert, ist sie bedauerlich.

Quäkergruppen auf beiden Seiten des Atlantiks können etwas praktisches tun, um gegenseitiges Verständnis zu fördern. Als Anfang könnten Gruppen herausfinden, ob bereits eine Partnerschaft zwischen ihrer Stadt und einer anderen mit einer Quäkergruppe besteht. Diese Gruppen könnten Kontakt miteinander aufnehmen, um sich in ihrer Arbeit für Frieden und Verständigung zu unterstützen.

Zu erwähnen ist auch die Initiative "Bürgermeister für den Frieden ("Mayors for Peace"), welche im Internet unter <http://www.pcf.city.hiroshima.jp/mayors/english/index.html> gefunden werden kann. Interessierte Gruppen können dort ersehen, ob der eigene Bürgermeister sich der Initiative angeschlossen hat, und ob die Partnerstadt dies ebenfalls getan hat. Ggf. könnte man den eigenen Bürgermeister dazu ermutigen.

Wenn Eure Stadt keine Partnerschaft mit einer anderen Stadt pflegt, könntet Ihr versuchen, eine solche über Eure lokalen Quäkergruppen zu initiieren. Ihr könnt einen Anfang machen, indem Ihr im Internet nach potentiellen Partnergruppen sucht, wobei Ihr im Sinn behalten solltet, nach Gemeinsamkeiten zu suchen.

Kurz gesagt gibt es viele Wege, auf denen Freunde zum gegenseitigen Verständnis zwischen Menschen in ihrer und anderen Gemeinden beitragen können. Wir würden uns freuen, von einer Gruppe zu hören, die in diesem Sinne initiativ wird, so dass wir über das von ihr Erreichte berichten können.

Martina Weitsch

Übersetzung: Helge Moog

Asylsuchende und Flüchtlinge - Es ist Zeit, zu handeln

Kürzlich bat QCEA Freunde, über ihre Hilfe für Asylsuchende und Flüchtlinge zu berichten.

Die Antworten über diesbezügliche Aktivitäten, die bei QCEA eingegangen sind, zeigen, wie wichtig lokale Gruppen als Kontaktpunkte für Neuankömmlinge sind. Die folgenden Formen der Hilfe scheinen besonders nützlich gewesen zu sein:

- Hilfe in rechtlichen Angelegenheiten (freiwillige Arbeit von Rechtsanwälten, Aufstellen von Listen über Rechtsanwälte mit speziellen Kenntnissen) und

Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA
Unterstützungsgruppe übersetzt worden
Sie ist auf der QCEA website www.quaker.org/qcea zu finden

schlichtes Anwesendsein, wenn Einwanderer sich in einer entscheidenden Phase ihres Antragsprozesses befinden

- Psychotherapeutische Unterstützung
- Auffinden von Wohnraum mit akzeptablem Standard, besonders wenn der Aufenthaltsstatus für einen längeren Zeitraum unklar bleibt
- Hilfe im Kampf ums Überleben, indem man eine wenigstens minimal bezahlte Arbeit findet (dies kann in Grauzonen führen wegen Beschränkungen der Arbeitserlaubnis)
- Auffinden von Arbeitswerkzeug (etwa eine Nähmaschine oder ein Klavier für einen Musiklehrer)
- Überzeugungsarbeit bei den zuständigen Behörden für offenere und flexible Regeln
- Und, wenn das Ergebnis des Antrags negativ ausfällt, die Forderung, dass Deportationen auf humane und verantwortliche Weise vorgenommen werden.

Bitte schickt uns eine E-Mail, ein Fax oder einen Brief über weitere Aktivitäten von Euch auf diesem Feld.

Dieter Hartwich

Übersetzung: Helge Moog